

Zweite Beratung:

Integrationsarbeit auch institutionell fördern!

– Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1952 -
Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Inneres, Sport und Integration - Drs. 16/2541

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, eine verlässliche Förderung erleichtert gute und solide Arbeit. Das gilt auch für die Arbeit von landesweit tätigen Organisationen und Verbänden in der Migrantenselbsthilfe.

Mit diesem Antrag wollen wir ihre wertvolle Arbeit, die sie für die Integration von zugewanderten Menschen leisten, absichern und Kontinuität gewährleisten. Das geht vor allem über eine institutionelle Förderung, die im Übrigen auch nach der Landeshaushaltsordnung zulässig ist. So ist für die Verbände Planungssicherheit, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit möglich. Das, meine Damen und Herren, ist angesichts der großen integrationspolitischen Herausforderungen doch absolut wichtig.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir haben in Niedersachsen eine Reihe von landesweit tätigen Organisationen und Verbänden, die für ihre Arbeit stetig zur Verfügung gestellte Mittel benötigen. Ich nenne beispielhaft die Arbeitsgemeinschaft der Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge, den Niedersächsischen Integrationsrat, aber auch den Niedersächsischen Flüchtlingsrat. Diese Organisationen leisten hervorragende Arbeit für Menschen, die sonst keine Lobby haben, und brauchen unsere Unterstützung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Alleine mit Projektmitteln könnten sie ihre Ziele nicht erreichen. Ihr Engagement reicht weit über die organisierte Selbsthilfe und Vereinsaktivitäten hinaus. Für die Vielzahl der von ihnen wahrgenommenen Aufgaben benötigen sie mehr als einen Projektzuschuss. Sie nehmen Daueraufgaben wahr und verfolgen nicht nur ein Projekt, das jedes Jahr neu ausgeschrieben und beantragt werden muss. Wir wollen, dass sie ihre Arbeit auf sichere Beine stellen können, meine Damen und Herren. Darum geht es!

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Mir liegt es fern, die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit in den Organisationen mindern zu wollen. Sie ist absolut nötig und hat ihren eigenen wertvollen Stellenwert. Aber ehrenamtliche Arbeit ohne Selbstausbeutung funktioniert in aller Regel nur, wenn sie hauptamtlich gestützt ist. Eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle mit einer Grundausstattung für landesweit tätige Organisationen in der Migrantenselbsthilfe würde auch die Ehrenamtlichkeit stärken. Diese Auffassung teilen übrigens auch die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände in der Integrationskommission.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Danke. - Effizienz, Professionalität und Qualität ihrer Arbeit, so hieß es, würden gesteigert werden. Das, meine Damen und Herren, wäre im Hinblick auf die zu bewältigenden Aufgaben schließlich wünschenswert.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Die vielen kleinen Institutionen, die Projektförderung erhalten, haben meist mit hauptamtlichem Personal unterfütterte Landesverbände. Das gilt beispielweise für die Kirchen, Kommunen und Sozialverbände. Hier kann auf Erfahrungen bei der Projektbeantragung oder bei der oft komplizierten Abrechnung von EU-Fördermitteln zurückgegriffen werden. Ein weiterer Punkt: Oft werden EU-Programme nicht in Anspruch genommen, weil Migrantenselbstorganisationen Schwierigkeiten wegen der zu erbringenden Kofinanzierung haben. Nur ganz wenigen gelingt es, diese sicherzustellen. Das, meine Damen und Herren, ist schade, weil so wichtige Projekte gar nicht erst zustande kommen.

(Zustimmung bei der SPD)

Um an dieser Stelle reflexhaft auftretenden Missverständnissen vorzubeugen: Wir stellen weder die Projektförderung infrage, noch beabsichtigen wir, Apparate und Bürokratie zu fördern. Um all das geht es nicht - wohl aber darum, Organisationen mit landesweiten Aufgaben, aber ohne organisatorischen Dachverband durch einen Grundbetrag einen professionellen Hintergrund für die Organisation ehrenamtlicher Arbeit und für die Entwicklung von Projekten zu ermöglichen. Das kann, wie im Antrag ausgeführt, auch durch Umschichtungen im Haushalt ge-

schehen, was nicht zwangsläufig zu Mehrausgaben führt.

Große Zustimmung hat unser Antrag bei den in der Integrationskommission vertretenen Organisationen gefunden. Ohne institutionelle Förderung wird es schwierig, qualifiziertes Personal zu bekommen, worunter die Qualität der Arbeit leiden würde. Sollte die Landesregierung an der Lebensfähigkeit dieser Organisationen interessiert sein - ich nenne hier stellvertretend den Niedersächsischen Flüchtlingsrat -, dann muss sie auch zur institutionellen Förderung bereit sein, meine Damen und Herren.

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der LINKEN)